

Der Korpus der Steuerdebatten ist um einiges grösser im Vergleich zu den Banken- oder Rechtsanwaltsgesetzen. Das Diagramm (Fig. 4) zeigt die Anzahl Protokollseiten zu konkreten Gesetzesänderungen mit klassischen Vorlagen der Regierung. Vorstösse, Motionen und Initiativen dazu sind farblich separat aufgeführt. Nicht enthalten sind kleinere Steueränderungen, die im Zuge einer PGR-Reform stattfanden. Ebenso sind Änderungen des Steuersatzes in den Budgetprotokollen oder die spezielle Auszahlung von Familienzulagen beziehungsweise Rabatten und andere Sonderregelungen nicht enthalten. Die Ausnahme bildet die Auseinandersetzung um den Finanzausgleich Ende der 60er Jahre.

Die Diskussionen unterschieden sich in mehrerer Hinsicht. Bereits in den 50er Jahren präsentierten Abgeordnete Motionen und Anfragen vor dem Landtag. Gegen Ende der 50er häuften sich die Eingaben, vor allem von Seiten der Vaterländischen Union (VU). 1960 kam eine erste grosse Reform. Danach begannen die Auseinandersetzungen um die Steuerrabatte und den Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden. 1970 kam es zu einem Bruch: zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg, nach 25 Jahren Regierung der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), wechselte die Mehrheit im Landtag zugunsten der VU. Initiativen und Motionen wurden wichtiger. Volksabstimmungen wurden vermehrt durchgeführt.<sup>162</sup> Die Diskussionen im Landtag nahmen an Fahrt auf und veränderten sich inhaltlich und formal. Steuerthemen waren durchwegs Wahlkampfthemen. Die Diskussionen der 70er Jahre zeigen viele Zerwürfnisse. 1974 und 1978 änderten sich wieder die Mehrheiten im Parlament und mit ihnen auch der Diskussionsstil.

## 7.1 Die Steuerdebatten der 50er Jahre

Die Anfänge der 50er Jahre waren ruhig. 1950 erhöhte man - praktisch ohne Worte - die Minimalsteuer für juristische Personen.<sup>163</sup> Die Entscheidung war in der vorangegangenen Budgetdebatte gefallen. Dort hatte Landtagspräsident David Strub den Antrag gestellt, der mit Mehrheit angenommen worden war. Die Diskussion war sehr kurz. Am nächsten Tag präsentierte man die Gesetzesvorlage.<sup>164</sup>

Vier Jahre später änderte man mit wenigen Worten das Verhältnis der Steuerverteilung zwischen Land und Gemeinden. Landtagspräsident Alois Ritter verwies auf die

---

<sup>162</sup> Vgl. Vogt: 125 Jahre Landtag, S. 244-251.

<sup>163</sup> Ltp vom 20.12.50, S. 50.

<sup>164</sup> Ltp vom 19.12.50, S. 35.